

EDITORIAL



von Martin Hilbig

Marx ohne Bart

Der Geburtstag von Karl Marx jährt sich am 5. Mai das 200. Mal und zu diesem Anlass wird in seiner Geburtsstadt Trier eine Gedenkmünze geprägt, Günther Jauch soll eine Zeremonie moderieren und Guido Horn besetzt die Hauptrolle in einem Marx-Musical. Marxens kritischer Gehalt als internationalistischer, revolutionärer Theoretiker und Praktiker wird bei solch einem Zirkus - wenn überhaupt - eine Nebenrolle spielen. Eine Alternative können nur wir selbst organisieren. Die Planungen seien hier kurz vorgestellt: Beginnen soll unser Programm mit einer Podiumsdiskussion zur Fragestellung „Was bleibt von Marx in der LINKEN?“. Hierzu möchten wir verschiedene Vertreter*innen der Strömungen und strategischen Richtungen unserer Partei einladen, um in eine spannende Debatte zu geraten. Eingerahmt werden soll die Podiumsdiskussion von einer Ausstellung zu Werk und Wirkung von Karl Marx. Anschließend möchten wir mit einer Seminarreihe wöchentlich verschiedenste Themen aufgreifen, sei es eine Einführung in den Marxismus, ein Seminar zur Gewerkschaftsarbeit, ein Vortrag zur Pariser Kommune mit Kom-munard*innenwein und weiteres.

Unser Konzept ist ambitioniert und einen Gedanken von Peter Weiß abwandeln - „Wenn wir es nicht selbst machen, bleibt es für uns ohne Folgen.“ - rufen wir euch dazu auf, sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Wer sich vorstellen kann, einen oder mehrere Texte für die Ausstellungstafeln zu schreiben oder sogar ein Seminar zu einem interessanten Thema rund um Marx und den Marxismus zu halten, kann sich gerne an untenstehende E-Mail-Adresse wenden. Zusammen etwas auf die Beine zu stellen, ist letztendlich die beste Art und Weise, Marxens Geburtstag in seinem Sinne zu begehen: aktiv, links, politisch.

martin.hilbig@dielinke-dresden.de

Kein Sozialer Aufbruch mit der SPD

Eine knappe Mehrheit der Delegierten votierte auf dem Sonderparteitag der SPD in Bonn für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union. Eine Zerreißprobe für die SPD, denn bereits das Sondierungspapier offenbart gravierende Lücken.



Foto: SPD Schleswig Holstein, flickr.com

von Katja Kipping

Das Ergebnis der Sondierungen zur Koalition CDU, CSU und SPD offenbart, dass die SPD weder beim Thema Hartz IV noch bei anderen Sozialleistungen etwas grundlegendes bewegen kann. Keine Abschaffung, nicht mal Milderung der Sanktionen, keine Erhöhung der mickrigen Hartz-IV-Regelsätze, keine Verbesserungen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung. Überhaupt wird auf Hartz IV nur in Bezug auf das Schonvermögen eingegangen – und das auch noch unkonkret: Es soll die „Zumutbarkeit bei der Vermögensverwertung und das Schonvermögen“ geprüft werden. Prüfaufträge sind erfahrungsgemäß das, was in der Praxis unter den Tisch fällt.

Von einer Verbesserung der Leistungen beim Arbeitslosengeld findet sich nichts im Papier, stattdessen soll der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,3% gesenkt werden. Die Rente soll auf den heutigen, vollkommen unzureichenden Niveau von 48 Prozent verbleiben.

Lediglich eine weiteres Grundsicherungsniveau (10 Prozent über dem

jetzigen Niveau der Grundsicherung) soll für eine „Lebensleistungsrente“ denjenigen zugesichert werden, die mindestens 35 Jahre Beitragszeiten und Zeiten für Kindererziehung aufweisen. Ein sicherer Schutz vor Altersarmut sieht anders aus.

Keine Vision - nirgends

Bezüglich der Krankenversicherung wurde die SPD ebenfalls platt gemacht – kein Aufbruch in eine Bürgerversicherung, keine Abschaffung der Zuzahlungen. Es sollen lediglich die Beiträge wieder paritätisch von Beschäftigten und Arbeitgeber geleistet werden. Schwammig ist auch eine Formulierung zum Bafög: Die Leistungen sollen wieder deutlich verbessert werden.

Das Kindergeld soll um 25 Euro in der kommenden Legislaturperiode (also in den kommenden vier Jahren!) angehoben und der Kinderzuschlag verbessert werden. Solange aber das Kindergeld auf Hartz IV angerechnet wird, haben Aufstockende und Erwerbslose davon gar nichts.

Und Europa? Wer auf Ideen für ein soziales Europa wartet, wird enttäuscht werden: Es findet sich lediglich eine unkonkrete Formulierung, die sagt, dass ein „Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten“ entwickelt werden soll.

Eine Obergrenze für Zuwanderung von jährlich 180 000 bis 220 000 wurde festgelegt. Künftig soll die Bearbeitung von Asylanträgen „in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen“ erfolgen, „in denen Residenzpflicht herrscht und das Sachleistungsprinzip gilt.“ Geldleistungen werden also abgeschafft.

Die SPD ist also mitverantwortlich für einen Stillstand beim Sozialen und eine Verschärfung beim Zuwanderungs- und Asylrecht. Armut und soziale Ausgrenzung bleiben das Markenzeichen eines sozial kalten Deutschlands.



Klare Forderungen an Regierung stellen

von Reinhard Balzk

Statt sich in sinnlosen internen Diskussionen zu verschleißen, sollten der Parteivorstand und die Fraktions-Führung sich zu einem Forderungskatalog für eine alternative Politik in Deutschland zu Wort melden, auch wenn sie an der Regierungsbildung nicht teilnimmt. Ihre Wähler würden das bestimmt begrüßen. Die Situation nicht nur in der BRD ist gekennzeichnet von einem Zustand, indem „die bisherigen Herrschenden nicht mehr können wie sie wollen und die anderen (Beherrschten) wollen nicht mehr weiter so wie bisher“. Es fehlt die Stimme (und Kraft) die Alternativen aufzeigt.

Die an der Bildung einer handlungsfähigen Regierung beteiligten Parteien ziehen ein Schaustück sondern gleichen ab um die Wähler von den eigentlichen Problemen der deutschen Realität abzulenken.

DIE LINKE sollte thematisieren was Kernsätze einer alternativen Politik sein sollte:

1. Erforderlich ist eine Außenpolitik, die nicht auf Konfrontation mit unserem größten östlichen Nachbarn gerichtet ist. Die Politik der Nato ist auf den Prüfstand zu stellen, die militärische Provokation von Stoltenberg und Co. im Interesse der USA, die Aufrüstung sind zu beenden, die nuklearen USA-Bomben auf deutschem Territorium sind nach den USA abziehen, die Bundesrepublik darf kein Aufmarsch-Gebiet für die US-Amerikaner sein. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind nur mit Mandat der UNO erlaubt, nicht um die Flanken des USA-Imperialismus ab- und zudecken und nicht als Spielwiese für deutsche Militärs. Mit der direkten und verdeckten Unterstützung von Kriegen in aller Welt und der Unterstützung ihrer Initiatoren ist Schluss zu machen.

2. Die EU und die Weltgemeinschaft sollten sich für ein wirksames wirtschaftliches Engagement in den Elends- u. Dürregebieten in der Welt einsetzen und so statt Alibi-Veranstaltungen echte Maßnahmen zur Linderung von Hunger und Not, für sauberes Wasser, und so Ursachen der Flüchtlingswelle beseitigen. Die Menschen brauchen Hilfe vor Ort. Hier ist wirtschaftliches Engagement erforderlich. Die einseitige Handelspolitik ist zu beenden, der sinnlose Streit um die beste Variante für Flüchtlings-Barrieren ohnehin.

3. Innenpolitisch ist auf eine tatsächliche Veränderung der Machtverhältnisse in Deutschland zu drängen, damit beginnt wirkliche Politik-Änderung. Die Rüstungs- und Energie-Wirtschaft ist unter effiziente Kontrolle zu stellen oder mit Volksentscheid zu enteignen, Rüstungsexporte in Krisengebiete sind zu verbieten. Es ist dafür zu sorgen, dass die großen Banken nicht länger die Regierung und den Steuerzahler erpressen können, wie zur letzten Bankenkrise. Von Unternehmen die jetzt noch die Lau-

sitz (und andere Gebiete) de-industrialisieren sind die gezahlten Förderbeiträge zurück zu fordern. Gegen Steuerflüchtlinge in Steuerparadiese, Betrügereien der Finanzwirtschaft ist rigoros vorzugehen.

4. Die ökologischen Themen sind ernsthafte und wirkungsvoll anzugehen. Dazu gehört der Umbau der Energie-Wirtschaft, die nachdrückliche Verhinderung der Anwendung von Gift in der Landwirtschaft, eine maßvolle und gesunde Tierwirtschaft, der Umgang mit Ressourcen.

5. Sozialpolitische Schwerpunkte sollten sein: Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können, gegen Armut, besonders der Kinder, ist vorzugehen. Eine angemessene Wohnung muss sich jeder leisten können. Bildung und Gesundheitsfürsorge muss unabhängig vom Einkommen allen möglich sein. Renten sind so zu gestalten, dass sie der Arbeitsleistung gerecht wird, Frauen und ihre Leistungen oft als alleinerziehend sind sicher zu stellen. Das und anderes sollte DIE LINKE

in einem Forderungskatalog als Diskussionsbeitrag einbringen und sich nicht die Themen von der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Medien vorschreiben oder sich aufdrängen lassen.

Wir können nicht jetzt davon ausgehen, ob das alle auch so akzeptieren und wollen, aber wir müssen auf veränderte Bedingungen vorbereitet sein, und Argumente setzen die dann auch von einer Mehrheit nachvollzogen werden.

Was wäre denn mit einem jährlich, regelmäßigen Auftreten: die CSU erscheint mit ihren „Kloster-Klausuren“ jährlich mit ihren rechten Standings, Dobrindt erscheint dazu mit seinen Theorien in der Presse, die „Liberalen“ mit ihren 3-Königstreffen nutzen das um ihre „kernige Deutschlandpolitik“ der deutschen Wirtschaftspolitik zu präsentieren. Was wäre denn, wenn die LINKEN den Termin um den 19. Januar dazu gestalten würden, jährlich auf einer Konferenz zu fragen, „Was würde Rosa Luxemburg dazu sagen“?



Weltweit für gutes Klima sorgen: Ohne Vernichtung der Lebensgrundlagen



Großdemonstration in Görlitz

Gemeinsam mit den Beschäftigten von Bombardier und den Siemens-Beschäftigten organisierte die IG Metall Ostsachsen am 19. Januar eine Großdemonstration, an der 7.000 Menschen teilnahmen. Der Protest wurde von den Schulen, Kliniken und Firmen aus dem Umland unterstützt. Die Siemens-Konzernleitung hatte im November 2017 die Pläne vorgelegt, wonach bis zum Jahr 2023 das Werk in Görlitz geschlossen werden soll - trotz ausgezeichneter Auftragslage. Auch der kanadische Hersteller Bombardier droht mit Massenentlassungen ab spätestens Ende 2019, wenn die Beschäftigungsgarantiezeit ausläuft.

Diese Schließungspläne bedeuten für die Region eine Katastrophe: Auf bis zu 25 Prozent kann die Arbeitslosenquote in der Lausitz ansteigen.

Görlitz könnte einen derart großen Abbau von Industriearbeitsplätzen nicht verkraften, wodurch sich diese Probleme auch auf die Klein- und Handwerksbetriebe übertragen würden. An jeden Industrie-Arbeitsplatz sind drei bis vier Arbeitsplätze in mittelständischen Betrieben gekoppelt. LINKE PolitikerInnen aus der Region solidarisierten sich seit Beginn mit den Beschäftigten und begleiten die Arbeitskämpfe.



#bundestag

Vermögenssteuer jetzt!

Das Weltwirtschaftsforum weist in seinem Bericht auf die steigende Einkommensungleichheit insbesondere in den reichen Ländern hin. Vor allem dort findet seit Jahrzehnten eine radikale Umverteilung von unten nach oben statt. Die zunehmende Ungleichheit und die daraus resultierende Armut vieler Menschen führen zu einem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen. Der aktuelle Rechtsruck, gerade in den Industrienationen, ist die Folge der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte. Es ist höchste Zeit, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren“, kommentiert Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, den „Global Risk Report“ des Weltwirtschaftsforums. Ernst weiter:

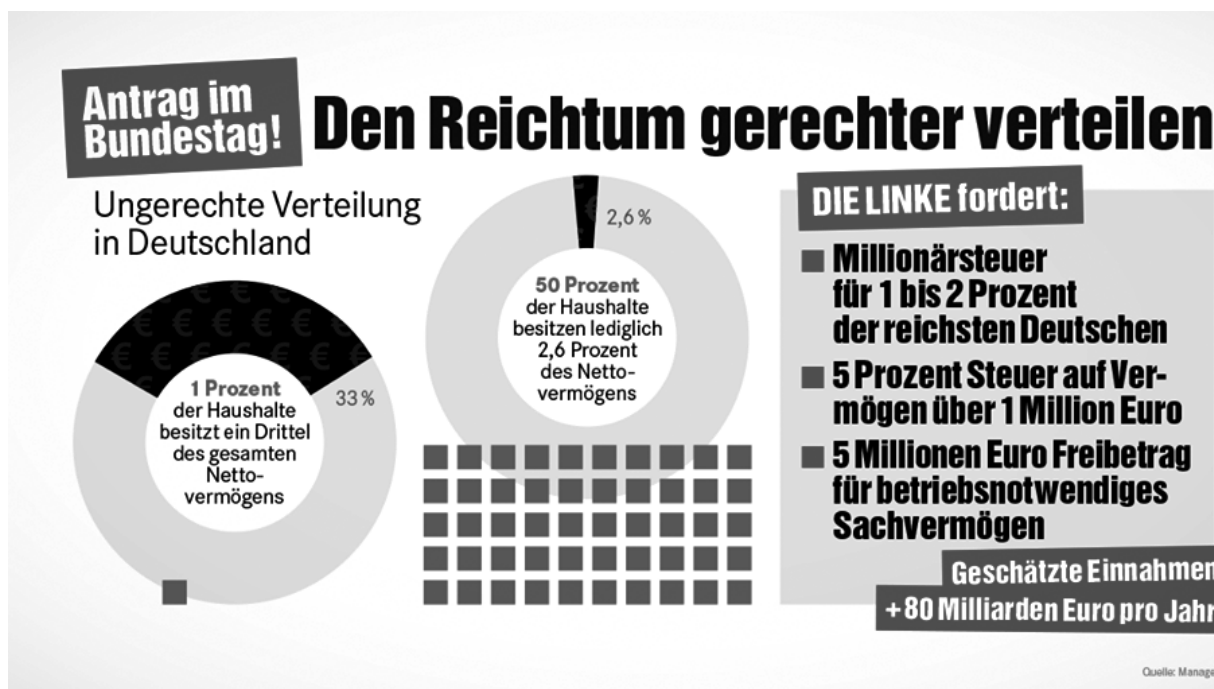
„Die Klientelpolitik für Konzerne und Vermögende spaltet die Gesellschaft. Wenn Union und SPD diese Tatsache ignorieren, fördern sie den Rechtsruck. Lösungsvorschläge dazu liegen seit Jahren auf dem Tisch: Prekäre Beschäftigung muss eingedämmt und die Tarifbindung wieder ausgeweitet werden. Der Mindestlohn muss per Gesetz angehoben werden auf ein Niveau, von dem die Menschen jetzt und im Alter leben können. Außerdem brauchen wir eine Vermögenssteuer.“



Überfall der Türkei verurteilen

„Angesichts des verbrecherischen Überfalls der türkischen Armee auf Afrin im Norden Syriens muss die Bundesregierung einen sofortigen Rüstungsstopp verhängen. Merkel und Gabriel müssen den eklatanten Bruch des Völkerrechts durch den Nato-Partner Türkei gegen die Kurden in Syrien deutlich verurteilen“, erklärt Sevim Dagdelen, Außenpolitikerin und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zum türkischen Angriff im Norden Syriens. Dagdelen weiter:

„Wer jetzt nicht seine Stimme gegen den türkischen Einmarsch erhebt und weiter schweigt, wie Union und SPD, macht sich mitschuldig am kriminellen Vorgehen der islamistischen Verbrecherclique um Erdogan gegen diejenigen, die sich der Barbarei des IS seit Jahren mutig entgegenstellen. Und wer jetzt türkische Panzer ertüchtigen möchte, leistet Beihilfe zum Völkerrechtsbruch und tritt das Grundgesetz mit Füßen, das Handlungen, die geeignet sind einen Angriffskrieg zu führen oder vorzubereiten unter Strafe stellt.“



SPD wählt Macht statt Erneuerung

Beim Parteitag der SPD in Bonn hat eine knappe Mehrheit der Delegierten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU gestimmt. Dazu die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger:

Katja Kipping: „Dass die SPD jetzt wieder in eine große Koalition geht, halte ich für einen historischen Fehler. Der Bonner Parteitag wird Geschichte schreiben, wie die unsoziale 2010-Agenda-Politik. Es droht die endgültige Atomisierung der deutschen Sozialdemokratie. Ich sage das mit großem Bedauern, denn eine U20-SPD ist auch eine Niederlage für alle progressiven Kräfte links der CDU. Die Aufgabe der

SPD darf doch nicht sein, Angela Merkel vor dem Rechtsruck der CDU zu retten, sondern die Idee einer sozialen Gerechtigkeit für die Mehrheit in diesem Land wieder attraktiv zu machen.“

Bernd Riexinger: „Die SPD begeht Harakiri. Ich habe vollstes Verständnis für jede und jeden, der nicht länger Teil dieser Selbsterstörung sein will. Kommissionen, Arbeitsgruppen und Halbzeitbilanzen können nicht darüber hinweg täuschen dass sich in der SPD diejenigen durchgesetzt haben, die um jeden Preis an der Macht bleiben wollen. Noch im Wahlkampf war soziale Gerechtigkeit die Kernforderung der SPD. An den elementaren Stellschrauben für eine

gerechtere Gesellschaft wie dem Kampf gegen prekäre Arbeit, steuerlicher Entlastung von Gering- und Normalverdienenden, bezahlbaren Wohnungen oder der Bürgerversicherung hat die SPD jedoch bereits vor Aufnahme der Koalitionsverhandlungen nicht drehen wollen.

DIE LINKE ist und bleibt die soziale Oppositionskraft. Wer in den kommenden vier Jahren soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden erkämpfen will, muss dies gegen die GroKo durchsetzen. Dazu braucht es eine starke linke Opposition, aber auch Druck von der Straße, den Gewerkschaften und den vielen zivilgesellschaftlichen Kräften. Wir sind dazu bereit.“

Neuer Élysée Vertrag gefordert

Ein Europa für alle

„Solange Deutschland über Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge die Lohnkosten in seinen Industrieunternehmen drückt, ist es nicht erstaunlich, dass Frankreich – wie übrigens auch Italien – immer größere Teile seiner Industrie verliert. Niemand hat etwas gegen Qualitätswettbewerb, bei dem das bessere Produkt gewinnt.“

Aber was wir seit der Agenda 2010 erleben, ist ein wüster Dumpingwettbewerb zulasten der deutschen Arbeitnehmer und unserer europäischen Nachbarn. Eine solche Politik ist Sprengstoff für den europäischen Zusammenhalt.

Inzwischen gibt es in vielen Ländern Bemühungen, Arbeitnehmerrechte ähnlich wie in Deutschland zu schleifen. Aber wie sieht ein Europa aus, das auf diese Weise entsteht? Es ist ein Europa, in dem Großbanken und Konzerne den Ton angeben, während die Mittelschicht Wohlstand verliert, die Armut wächst und ein Teil der jungen Generation keine Zukunft mehr hat. Wenn sich die Menschen von einem solchen Europa abwenden, dann sollte das niemanden erstaunen.

Als de Gaulle 1962 seine berühmte Rede vor deutschen Jugendlichen hielt, da plädierte er für ein Europa, in dem die Früchte des wirtschaftlichen Fortschritts – ich zitiere – „nicht einigen Auserwählten vorbehalten bleiben, sondern für alle unsere Mitmenschen erschlossen werden“, für ein Europa, in dem der Fortschritt „ein gemeinsames Gut wird“, so wörtlich de Gaulle. Der Fortschritt als Gemeingut, das war wirklich ein ganz anderer Geist als der der heutigen EU-Verträge, in denen Kapitalfreiheiten ausdrücklich Vorrang vor sozialen Grundrechten haben.

Deswegen meine ich: Wer den europäischen Zusammenhalt stärken will, der darf den sozialen Zusammenhalt in den europäischen Ländern nicht zerstören. Wer die deutsch-französische Freundschaft pflegen will, der muss den Dumpingwettbewerb zwischen unseren Ländern beenden.“

Auszug aus der Rede von Sahra Wagenknecht im Bundestag zur verabschiedeten Resolution der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik



Wer braucht schon Elternmitwirkung?

Neubeginn beim Kreiselterntat Dresden

von Anne Holowenko

Am 15.01.2018 fand im Dresdner Rathaus abermals die Neuwahl der Vorsitzenden des Kreiselterntates Dresden statt. Diese war nötig geworden, nachdem es im Nachgang der regulären Wahlen im November Wahlanfechtungen aus zwei Dresdner Schulen gegeben hatte. Es wurden Ungenauigkeiten bei der Ausgabe der Stimmzettel moniert, wodurch Mehrfach-Abstimmungen möglich gewesen sein könnten. Diese konnten wiederum aufgrund der Tatsache, dass einige Eltern ohne Abmeldung die Vollversammlung vor oder während der Wahl verlassen hatten, vom amtierenden Vorstand des Kreiselterntates nicht ausgeschlossen werden. Die Wahlwiederholung war Vorbildlich vorbereitet und wurde korrekt durchgeführt, strapazierte jedoch mit einer Dauer von über vier Stunden die Teilnehmenden erheblich.

Mit dem neuen Vorsitzenden Martin Raschke geht nun die Ära von Annett Grundmann zu Ende, welche nach 14 Jahren Zugehörigkeit beim Kreiselterntat Dresden im nächsten Jahr aufgrund der Volljährigkeit ihrer Tochter endgültig aus dem Vorstand ausscheidet. Bis dahin ist ihr Platz im Gremium durch ihre Zugehörigkeit beim Landeselterntat gesichert. Zuletzt war Grundmann wegen ihrer Tätigkeit als Assistentin des Bildungsbürgermeisters Hartmut Vorjohann (CDU) in die Kritik geraten. Sie betonte dabei stets, beide Aufgabenbereiche, kommunale Schulpolitik auf höchster Entscheidungsebene und die Vertretung der Interessen der Dresdner Eltern und Kinder, sauber voneinander trennen zu können, so dass ein Interessenkonflikt ausgeschlossen sei.

Dies konnte ihre Kritiker jedoch kaum beruhigen, die sich durch verringerte Aktivitäten des Vorstandes, insbesondere in Hinblick auf die Mitwirkung bei der Fortschreibung des Schulnetzplanes, in ihrer Annahme bestätigt sahen.

Neben Martin Raschke (St. Benno-Gymnasium) wurden Thomas Meyer-Ross (Grundschule Langebrück) und Judith Pickel (Förderzentrum Sprache) als Stellvertreter/in gewählt. Hierzu waren jeweils zwei Wahlgänge nötig, da die erforderliche einfache Mehrheit nicht ad hoc erreicht werden konnte. Der im November gewählte Andreas Wünsche konnte somit mit seiner erneuten Kandidatur als Vorsitzender und später auch als stellvertretender Vorsitzender des Kreiselterntates Dresden nicht überzeugen. Die Erleichterung darüber war vielen TeilnehmerInnen der Vollversammlung anzumerken. Grund dafür schienen die öffentlich einsehbare Facebook-Seite Andreas Wünschens zu sein, die neben zahlreich geteilten Beiträgen der AfD diverse rassistische Postings enthält, an die er sich in der Fragerunde vor der Abstimmung jedoch nur noch teilweise erinnern konnte.

Zurück bleibt ein fader Beigeschmack und die Einsicht, dass bei zukünftigen Wahlen zu Gremien aller Art verstärkt hinterfragt werden sollte, welche Motive die jeweiligen KandidatInnen haben, sich in Positionen mit zum Teil hohem Wirkungsgrad wählen zu lassen.

Hier sind wir als Genossinnen und Genossen ganz klar aufgefordert, durch zusätzliches ehrenamtliches Engagement



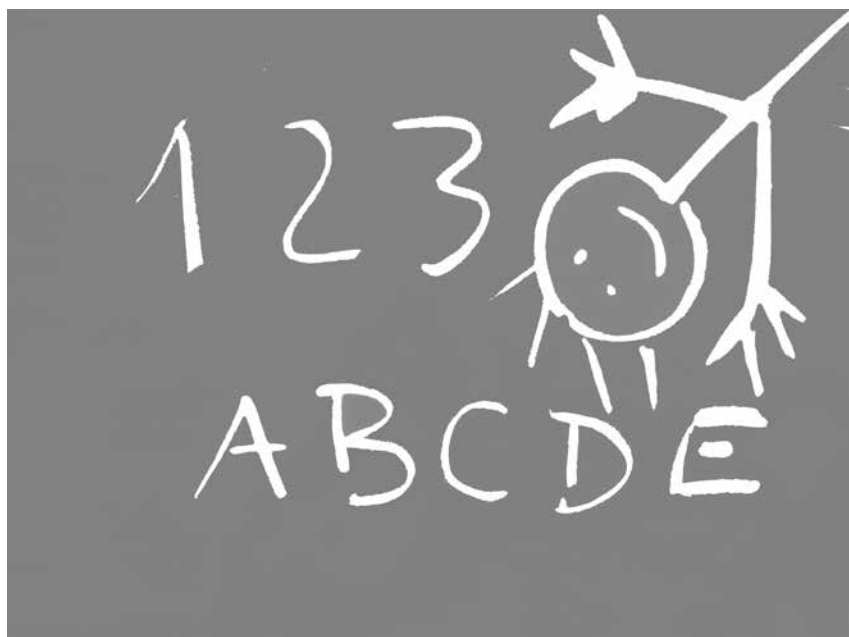
Foto: Max Kretzschmar

und wachsame Augen die Besetzung öffentlicher Gremien durch Mitglieder oder SympathisantInnen rechter Parteien zu verhindern. Der Kampf gegen Ausgrenzung, Hetze und Rassismus beginnt im Kleinen, in diesem Fall direkt beim Elternabend im Klassenzimmer unserer Kinder und Enkel. Scheut euch bitte nicht, als Klassen- oder SchulelternsprecherIn zu kandidieren! Engagierte Eltern bekommen direkte Einblicke in die Bereiche Schulleitung, Schulverwaltung, obere Schulbehörden und Politik. Was im Schulelternrat beginnt, setzt sich auf Stadtebene im Kreiselterntat fort und mündet über den Landeselterntat auf Bundesebene (Bundeselterntat). Nur wenn sich ausreichend engagierte Eltern zusammen finden, kann wirksamer Protest gegen den

allgegenwärtigen Mangel in unserem Bildungssystem organisiert werden.

Dem Kreiselterntat Dresden ist ein erfolgreicher Neustart mit rascher Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit zu wünschen. Die gewählten VertreterInnen sollten sich vehement für die Interessen aller Kinder und Eltern unserer Stadt einsetzen. Dies kann nur geschehen, indem die Verantwortlichen im Sächsischen Staatsministerium für Kultus, im Landesamt für Schule und Bildung (ehemals Sächsische Bildungsagentur), im Sächsischen Landtag sowie im Schulverwaltungsamt Dresden permanent daran erinnert werden, dass dem Thema Bildung der höchste Stellenwert zuzurechnen ist. Wer an der Bildung spart, spart an der Zukunft unserer Kinder.

Sächsische LINKE unterstützt Volksinitiative für längeres gemeinsames Lernen



Vor über zehn Jahren, im Jahr 2007 gab es den letzten Anlauf für einen Volksentscheid zum Thema Bildung: Damals scheiterte „Kurze Wege für kurze Beine“
Foto: S. Hofschlaeger / pixelio.de

Seit langem gab es keinen Volksentscheid in Sachsen. Das soll sich nun ändern.

DIE LINKE. Sachsen wird den Verein „Gemeinsam länger lernen in Sachsen“ bei der Vorbereitung und Durchführung eines Volksantrages und eines Volksbegehrens unterstützen. Dies beschloss der Landesvorstand auf seiner letzten Tagung am Freitag in Dresden.

Zur Begründung heißt es: „Im internationalen Vergleich weist das Schulwesen in Sachsen ein erhebliches Modernisierungsdefizit auf: Andere Staaten haben das gegliederte Schulwesen längst durch integrierte Systeme ersetzt.“ Dabei setzen diese auf eine Ausdifferenzierung ab Sekundarstufe II, wodurch sie in internationalen Vergleichsstudien weit aus besser abschneiden. Besonders in diesem Spannungsverhältnis ist das Versagen der CDU im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürger*innen spürbar.

Ziel der Initiative ist es, „strukturelle Diskriminierung, die mit der frühzeitigen Aufteilung auf unterschiedliche Schularten verbunden ist“ zu beseitigen. Nach Vorbild Thüringens soll die Umsetzung auf Basis eines Optionsmodells erfolgen. Den Schulen soll freigestellt werden, über die Einführung einer Gemeinschaftsschule zu entscheiden. DIE LINKE. Sachsen unterstützt den durch ein breites Bündnis getragenen Vorstoß im Rahmen der Volksgesetzgebung, um die anhaltende sächsische Lethargie in Sachen direkter Demokratie durchbrechen zu können.

Zur Umsetzung dieses Ziels wird die sächsische LINKE den Verein finanziell, personell und organisatorisch in der Öffentlichkeitsarbeit und bei Unterschriftenaktionen unterstützen.



Museumsreif

Vor allem für Kinder und Jugendliche haben Museen in Dresden einiges zu bieten: Auf spielerische Weise mitmachen, entdecken, begreifen und lernen.

von Max Kretzschmar

Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in städtischen Museen wird nun bald auch in Dresden möglich sein. Auf Initiative der LINKEN und der SPD-Fraktion befassten sich bereits einige Fachausschüsse des Dresdner Stadtrates mit dem interfraktionellen Antrag, am 30. Januar wird der federführende Ausschuss für Kultur und Tourismus darüber beraten und abschließend der Stadtrat in einer seiner nächsten Sitzungen entscheiden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Ende des 1. Quartals 2018 eine Neufassung der Eintrittspreise für Kinder, Jugendliche und Berufsschulklassen sowie Inhaberinnen und Inhaber des Familienpasses des Freistaates Sachsen für die städtischen Museen vorzulegen.

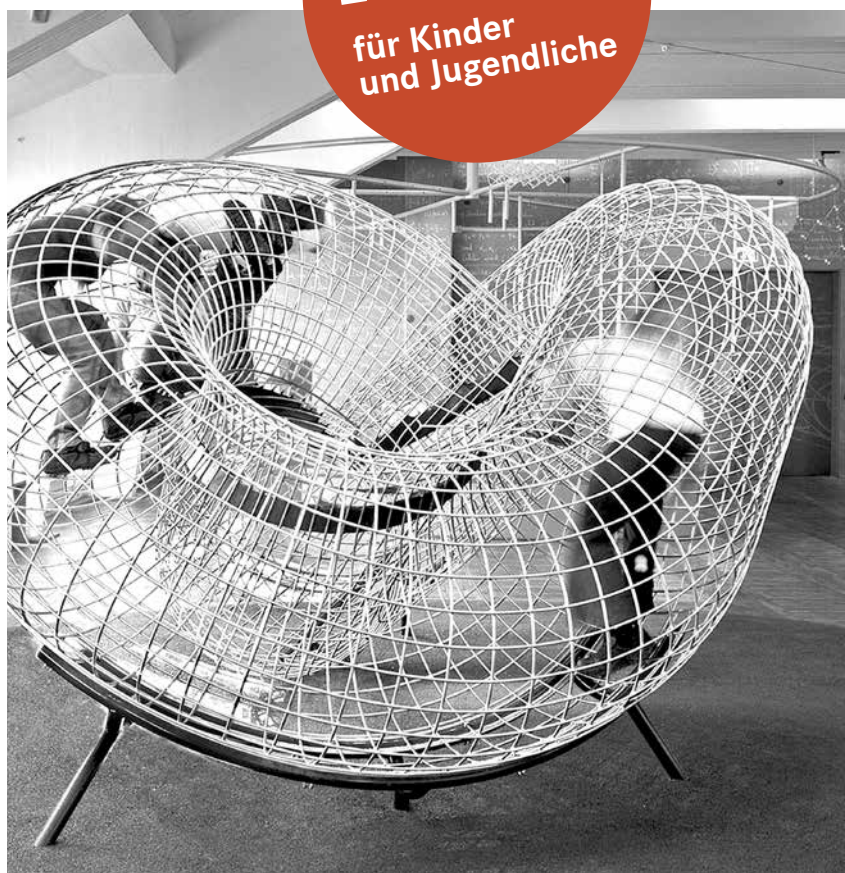
Bisher kostenlos ist bereits seit mehreren Jahren der Eintritt in Museen des Freistaates Sachsen für Kinder und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr und für Inhaber des Dresden-Passes.

„Als Lehrerin weiß ich, dass viele Schulen an Projekttagen Landesmuseen besu-

chen, weil sie dort freien Eintritt haben. Es wäre sowohl für die Dresdner Schulklassen als auch für die Museen der Stadt wertvoll, wenn dies auch für städtische Museen gilt. Wir haben von den städtischen Museen bereits Signale bekommen, dass sie den Vorschlag grundsätzlich positiv sehen. Auch das Verkehrsmuseum möchte gern einbezogen werden, dem kommen wir auch gern nach.“ beschreibt Stadträtin Anja Apel die Vorzüge dieses Vorhabens in Dresden.

Auch für Familien liegen die Vorteile kostenloser Bildungsangebote auf der Hand: Unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern kann die Teilhabe an Kultur gesichert und vor allem frühzeitig die Wissbegier und Neugier bei den Kindern geweckt werden. Die frühe Beschäftigung mit den vielseitigen Angeboten und Ausstellungen in den Museen erfüllt zudem den wichtigen Bildungsauftrag der Kultureinrichtungen. Gute Erfahrungen mit dem kostenlosen Museumseintritt hat beispielsweise die Stadt Frankfurt am Main gesammelt: Die Zahlen junger Besucherinnen und Besucher sind stark gewachsen.

Eintritt frei!
für Kinder und Jugendliche



„Erlebnisland Mathematik“ der Technischen Sammlungen bietet für Kinder aller Altersgruppen verblüffende Rätsel und Entdeckungen auf spielerische Art

LINKE gegen Steuergelder für Kunstschnee an der Elbe

von Thomas Feske

Kürzlich fand in Sachsen der „Ski-Weltcup“ statt. Doch nicht etwa im Erzgebirge, was naheliegender gewesen wäre, sondern inmitten des Dresdner Elbtals – bei Plusgraden. Mit hohem Aufwand war an den Elbwiesen eine Piste für die Veranstaltung angelegt worden. Dazu wurden unter hohem Stromverbrauch mehrere Tonnen Kunstschnee in einer Halle am Flughafen produziert. Doch das genügte nicht. Zusätzlich wurde mit dutzenden LKWs Schnee aus dem Erzgebirge herbeigeschafft. Weil auch das nicht reichte, musste kurzfristig sogar die Strecke verkürzt werden. Das von einer Privatfirma veranstaltete Event kostete rund 1,2 Millionen Euro. Die Stadt Dresden und der Freistaat Sachsen gaben großzügig jeweils 300.000 Euro dazu. Eigens zu diesem Zweck wurde sogar die geltende sächsische Förderrichtlinie zurechtgebogen, ein Teil der Mittel stammte zudem aus der Kampagne „So geht Sächsisch“.



Zum „Skiweltcup“ in Dresden

600.000 Euro Steuergeld für Kunstschnee

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach kommentierte das so: „Für wichtige Aufgaben im Sozial- und Bildungsbereich fehlt es in unserer Gesellschaft vielfach an Geld. Gleichzeitig wird aber mehr als eine halbe Million

Euro an Steuergeldern dafür ausgegeben, dass Tonnen an Kunstschnee erst mit großem Energieaufwand produziert, anschließend mit Lastkraftwagen quer durch die Stadt gekarrt und sodann an den Elbwiesen ausgekippt werden.“

Bemerkenswert die Haltung der Grünen, welche im Dresdner Stadtrat für die öffentliche Förderung der stromfressenden Kunstschneeveranstaltung stimmten. Dafür gab es wiederum heftige öffentliche Schelte von der Landtagsabgeordneten Petra Zais (Grüne), die den unvermeidbaren Aufwand, der jedem Nachhaltigkeitsanspruch zuwiderlaufe, bemängelte. Der Lokal-Sender „Dresden-Fernsehen“ führte im Internet eine Umfrage zum Ski-Weltcup im Dresdner Elbtal durch. 31,6 Prozent der Teilnehmer erklärten, sie seien für das Wintersport-Event. Demgegenüber vertraten 68,4 Prozent den Standpunkt, die Veranstaltung sei „reiner Irrsinn“.



Der Chor „Friedrich Wolf“ aus Dresden bei einem Auftritt (Symbolfoto)

Erstmals Laienchor- und Wissenschaftspreis

Gemeinsam mit der Dresdner Philharmonie lobte die Stadt Dresden den Förderpreis für Laienchöre aus. Neu ist auch der Excellence Award für Innovation.

von Jacqueline Muth

In 2017 wurde erstmalig der Förderpreis für Dresdner Laienchöre ausgelobt. Preisverleihung und Abschlusskonzert im Dezember 2017 fanden im Kulturpalast statt und zeigten eindrucksvoll die Vielfalt der Dresdner Chorszene. Dutzende von Chören sind in Dresden aktiv, tausende von Menschen singen darin. Dass die gesellschaftliche Bandbreite über das reine Musizieren hinausgeht, zeigen die sechs Kategorien, in denen Geldpreise von 500 Euro bis 1.000 Euro sowie Notengutscheine gewonnen werden konnten: Gesamtprogramm, Interpretation eines deutschsprachigen Volksliedes, Interpretation eines fremd-

sprachigen Werkes, Nachwuchs- und Mitgliederförderung, gesellschaftlich-soziales/europäisches Engagement, Schulchöre. Von 46 eingereichten Beiträgen wurden 18 ausgezeichnet. Der Preis wird auch in 2018 wieder vergeben, Bewerbungen nimmt das Amt für Kultur und Denkmalschutz entgegen.

Erstmals wurde im vergangenen Jahr außerdem der Excellence-Award vom Amt für Wirtschaftsförderung vergeben: mit diesem Preis werden „Autorinnen und Autoren von exzellenten wissenschaftlichen Abschlussarbeiten gewürdigt, die für die Stadt Dresden

sowie Dresdens Wahrnehmung als Wissenschaftsstandort von besonderer Bedeutung sind.“ (dresden.de). In tausenden wissenschaftlichen Abschlussarbeiten schlummern innovative, alternative, möglicherweise zukunftsfähige oder gesellschaftlich umwälzende Ideen und Ansätze. Durch ein jurybasiertes Auswahlverfahren und öffentliche Würdigung steigt die Chance, dass sie das Licht der Welt erblicken bevor sie für immer in Schubladen verschwinden.

So unterschiedlich diese beiden Preise auch sein mögen, zwei Dinge haben sie gemeinsam: Erstens würdigen

sie Leistungen auf Gebieten, die häufig in ihrer Vielfalt verkannt werden.

Zweitens haben beide ihren Ursprung im „etwas anderen Kommunalwahlprogramm“ der LINKEN von 2014, das mit der Benennung von 180 konkreten Zielen durch die Dresdner Parteibasis einen ungewöhnlichen aber erfolgversprechenden Weg beschritt. 2016 wurden sie von der Stadtratsfraktion (hier maßgeblich: Tilo Kiebling) in der Aufstellung des städtischen Doppelhaushalts berücksichtigt und in Folge als städtische Maßnahme umgesetzt.

#Kurz & Knapp

Wiener Platz
Nachhaltige Suchtprävention

Wir setzen mit dem Maßnahmeplan vor allem auf Prävention statt auf Repression.

Eine stärkere Kontrolle am Wiener Platz allein würde das Problem nur an einen anderen Ort verlagern. Deshalb ist der Fokus auf stadtweite Suchtprävention und Straßensozialarbeit der richtige Ansatz.

Jens Matthis

Im Ausschuss für Gesundheit wurde der Entwurf des „Maßnahmenplan für Suchtprävention am Wiener Platz und weiteren Brennpunkten“ beraten.

Der Maßnahmeplan setzt einen starken Fokus auf Präventions- und Straßensozialarbeit und geht zurück auf den Stadtratsbeschluss A0181/16 der auf Initiative der LINKEN eine

personelle Stärkung der Präventions- und Straßensozialarbeit vorsah. Der Ausschuss empfahl dem Stadtrat Zustimmung mit einigen Ergänzungen. So soll die Straßensozialarbeit um weitere zwei Stellen aufgestockt werden. Außerdem empfiehlt der Ausschuss, dass der Plan halbjährlich im Sozialausschuss zur weiteren Verbesserung evaluiert wird.

Unischule
Weg frei für Schuljahr 2018/19

Das Kultusministerium hält das Konzept der Universitätsschule für genehmigungsfähig. Nun fehlte nur noch der Beschluss der Stadt. Das haben wir am Dienstag auf den Weg gebracht. Da die Schule bereits zum nächsten Schuljahr starten soll, wurde es höchste Zeit. Jetzt können endlich Lehrkräfte und Schulleitung eingestellt werden und durch diese die konkrete Ausgestaltung der Kooperation mit den beiden Schulen vor Ort entwickelt werden.

Stadträtin Anja Apel

Mit der im Eilverfahren dem Bildungsausschuss vorgelegten Vorlage V2144/17 „Universitätsschule Dresden - Durchführung eines Schulversuches nach § 15 Absatz 1 SächsSchulG“ erklärt die Stadt Dresden als Schulträger noch einmal ausdrücklich, dass das Schulkonzept durch die TU Dresden mit ihrem Einvernehmen entwickelt wurde, um einen weiteren Schritt zur Genehmi-

gung der Universitätsschule zu gehen. Rot-Grün-Rot macht den Weg dafür frei.

Der Stadtrat wird in seiner Sitzung am 25. Januar über die Zukunft der Uni-Schule entscheiden: Wir berichten darüber ausführlich in unserer kommenden Ausgabe.



Schulnetzplan

Neue Schulen für Dresden

Gemeinsam mit der CDU haben wir 15 Änderungen am Schulnetzplan eingebracht, welche vor allen Dingen die Grundschulen betrafen. Als Kooperation RGR haben wir aber noch neunundzwanzig Punkte in einem Änderungsantrag zum Schulnetzplan.

von Anja Apel

Die Schulverwaltung schlägt vor, dass die Erich- Kästner- Grundschule (diese liegt hinter dem abgerissenen Gebäude auf der Sankt Petersburger Str.) und die 10. Grundschule (bekannt als Grundschule mit dem Schwerpunkt Sportbisher ohne Sporthalle) die Gebäude tauschen. Die Kästnerschule ist eine Grundschule für Kinder mit einem Förderbedarf im Bereich soziale-emotionale Störung. Kinder, welche im Schulalltag in ihrer Grundschule Schwierigkeiten haben und diagnostiziert werden mit einem Förderbedarf, gehen zeitweise an diese Schule. Das Ziel der Schule ist es, den Kindern ein „Rüstzeug“ zu vermitteln und sie wieder in die Regelschulen zu integrieren. Zurzeit verstärken sich die Störungsbilder deutlich: Die Kinder können sich schwer einordnen, sie sind zum Teil nicht gruppenfähig und 40% der Kinder bekommen Medikamente. Trotz allem gelingt es der Schule, zwei Drittel der Kinder zurück an die Regelschule zu geben, nur ein Drittel besucht auch danach noch eine Förderschule u.a. die Sprachheilschule. Nun soll diese Schule mit der 10. GS tauschen, obwohl sie jetzt zwei Jahre die Sanierung bei vollem Schulbetrieb erleben.

Im Gebäude der 10. GS hätten sie jedoch nicht ausreichend kleine Räume zur Verfügung und dort würde auch erneut wieder ein Baubetrieb beginnen (Neubau der Sporthalle).

Diesen Tausch lehnen wir ab. Die Folge ist aber, dass wir die 10. Grundschule entlasten müssen. Die Hälfte der Kinder kommen aus ganz Dresden, sie trainieren im Leistungssport in den Bereichen Turnen, Wasserspringen, Eiskunstlauf und Eishockey. Das machen sie nicht vor Ort, sondern sie haben einen abgestimmten Stundenplan mit ihren Trainingszeiten, diese können auch vormittags liegen. Wir würden gern die Grundschulausbildung dieser Kinder in das Sportzentrum am Messering verlegen.

Ein weiterer Änderungsantrag betrifft die Entlastung der Grundschulen im Dresdner Norden (Klotzsche, Langebrück, Weixdorf). Diesbezüglich wird der Oberbürgermeister von uns beauftragt, eine Reaktivierung des ehemaligen Schulstandortes Alexander-Herzen-Str. 64 zu prüfen. Im Moment ist dies ein



Auslagerungsstandort für Kindergärten, welche saniert werden. Selbst wenn ein Geburtenrückgang erfolgt, wäre dieser Standort als Hort für die in der Nähe befindliche 50. Grundschule geeignet. Außerdem ist uns ein Gymnasium in Gorbitz wichtig. Deswegen schlagen wir vor: Am Leutewitzer Ring 141 wird spätestens zum Schuljahr 2019/20 unter Nutzung des zweiten Gebäudeteils ein zunächst dreizügiges Gymnasium eingerichtet. Denn ein an dieser Stelle gegründetes Gymnasium zieht zum nächsten Schuljahr aus und nimmt ihr neugebautes Gebäude in Dresden Plauen in Besitz, das Tschirnhaus- Gymnasium. Nach einem späteren Auszug des Berufsschulzentrums „Franz-Ludwig-Gehe“ kann das Gymnasium beide Gebäudeteile nutzen und wird fünfzünftig ausgebaut.

Dafür wird die Errichtung eines dreizügigen Gymnasiums am neuen Schulstandort Freiburger Straße abgelehnt. Stattdessen ist an der Freiburger Straße eine fünfzügige Oberschule als Standort für die neue 150. Oberschule zu entwickeln. Unserer Meinung nach besteht dann auch nicht mehr die Notwendigkeit des Neubaus einer Oberschule (für die 101. OS) an der Cockerwiese.

Dort ist der Wohnungsbau wichtig sowie eventuell noch eine Grundschule für die neu entstandene Lingnerstadt.

Wohin aber mit dem Berufsschulzentrum „Gehe“ aus Gorbitz? Sie können aufgrund ihrer Größe nur in einen Neubau auf die Bodenbacher Straße neben das Sportzentrum (favorisierte Variante der Linken) oder auf die Boxberger Straße (ebenfalls Neubau). In Letzterem sähen wir lieber das Gymnasium Prohlis, dieses war aber schon zweimal wegen zu geringer Anmeldungen nicht zu Stande gekommen. Vorgegründet wird dieses Gymnasium im nächsten Schuljahr auf dem Berthelsdorfer Weg, falls es dafür genügend Anmeldungen gibt. In der Entscheidung über den dann zukünftigen Standort sind wir abhängig von der Sächsischen Bildungsagentur und haben eine Anfrage diesbezüglich gestellt. Ein Standort wird für das BSZ „Gehe“ entwickelt und einer für ein Gymnasium, diese sind sehr wahrscheinlich die Bodenbacher- und die Boxberger Straße. Sehr grundsätzlich fordern wir im Schulnetzplan eine Vernetzung mit dem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und seiner Fortschreibung vom 22. Juni 2017 im Sinne der dort formulierten

Änderungen #rotgrünrot

- Grundschulausbildung der Kinder aus der 10. Grundschule zukünftig im Sportzentrum am Messering
- Reaktivierung des ehemaligen Schulstandortes Alexander-Herzen-Straße (Dresden-Nord) für künftigen Hort der 50. Grundschule
- Ein Gymnasium in Dresden-Gorbitz
- Fünfzügige Oberschule an der Freiburger Straße
- Standort für das BSZ „Gehe“ und ein Gymnasium in Prohlis entwickeln

Vision für die Landeshauptstadt vorzunehmen: „Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung haben uneingeschränkten Zugang zum allgemeinen Bildungssystem. Sie können gemeinsam auf eine in jeder Hinsicht barrierefreie Schule gehen...“. Im Schulnetzplan muss deutlich werden, wie diese Ziele in der Praxis umgesetzt werden sollen, bzw. wie diese Ziele perspektivisch angegangen werden. Das war zum Beispiel eine Forderung des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

Die Vernetzung mit anderen Bereichen ist etwas sehr Grundsätzliches. Bald wird uns der dritte Bildungsbericht mit einer ziemlich genauen Analyse der einzelnen Sozialräume vorgelegt. Denn was ist unser Schulplanung wert, wenn man die sozialräumlichen Umstände nicht beachtet werden und entsprechende Maßnahmen nicht ergriffen werden. Wie zum Beispiel die Gründung eines Gymnasiums in Gorbitz. Schulplanung ist eben auch Stadtentwicklung. Wir haben es uns nicht leichtgemacht, Entscheidungen für oder gegen etwas zu treffen. Wir haben uns immer mehrere Seiten angehört, diskutiert und uns dann entschieden, sicher nicht immer zur Zufriedenheit aller.



Abfall als Werkstoff begreifen

von Andreas Naumann

Mitte der 1990er Jahre setzte die Bundesregierung für den Bereich Abfall neue Rahmenbedingungen. Deponien wurden geschlossen, neue durften entstehen.

Eine Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi) bestimmte die weitere Entwicklung im Umgang mit Abfall in der BRD. Auf dieser Grundlage wurde in Dresden nach intensiver Diskussion die Biomechanische Abfallanlage (BMA) beschlossen, womit ein damals zeitgemäßer, moderner Umgang mit dem städtischen Abfall möglich wurde.

Alternativen zu unserer Anlage wären die Müllverbrennung oder Mechanisch-Biologische Behandlung gewesen. Der politische Grund für den Dresdner Weg war die maximale Verwertung der städtischen Abfälle entsprechend des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt. So wird in Dresden der Abfall vorbehandelt, Metalle aussortiert und zur weiteren Verwendung aufbereitet. Der Rest wird zerkleinert, verdichtet und zur Weiterverwendung in die Lausitz gefahren. In den 1990er Jahren war das noch das Synthesewerk „Schwarze Pumpe“. Dort wurden durch Hochdruckhydrierung aus „Müll“ wieder Produkte hergestellt, bspw. Farben. Andere Kommunen haben ihren Abfall einfach verbrannt. Für die Entscheidung in Dresden eine Brandmeldeanlage (BMA) zu errichten,

wurde extra ein Bundesgesetz geändert, mit dem Ergebnis, daß weitere Kommunen in der BRD unseren Weg zur Abfallbehandlung eingeschlagen haben. Allerdings schon Ende der 1990er Jahre änderten sich mit der Neoliberalisierung der Wirtschaft die Rahmenbedingungen grundlegend. Der Staat förderte Müllverbrennungsanlagen, was zu Überkapazitäten führte und eine „Neuordnung“ der Abfallströme zur Folge hatte. Die Kosten für die Abfallbeseitigung rückten gegenüber der stofflichökologischen Abfallverwertung deutlich stärker in den Vordergrund; der Gedanke das Abfall auch Rohstoff sein kann verschwand immer mehr aus dem Bewusstsein der Menschen.

Kein Interesse an Recycling nach der Wende

Gleichzeitung und als Folge dieser Entwicklung wurde die fortschrittliche Entwicklung der „Schwarzen Pumpe“ konterkariert. Das in der DDR entwickelte Verfahren zur Abfallhydrierung konnte sich unter den neoliberalen Bedingungen nicht halten. Im Wendeprozess wurden die Berliner Wasserwerke Eigentümer von „Schwarze Pumpe“, was schon absurd genug war. Logischerweise konnten sie nicht viel mit dem Werk anfangen und verkauften es an einen Investor aus Irland weiter. Der hatte kein

Interesse an Abfallrecycling und stellte das Verfahren ein. Fortan wurde nur noch die vor seiner „Haustür“ liegende Braunkohle hydriert, was effektiver und gewinnbringender ist. Damit waren auch für die Stadt Dresden, als Betreiber der Brandmeldeanlage (BMA) die Weichen neu gestellt. Die Stadtreinigung mußte neue Verwertungswege suchen und fand sich hauptsächlich bei den Braunkohlekraftwerken in der Lausitz, einschließlich der nun nicht mehr stabilen Abgabepreise. Aus dem Rohstoff Abfall wurde ein Ersatzbrennstoff für die großen Kraftwerksbetreiber. Und damit sind wir durch die Bundespolitik bei der Müllverbrennung angekommen, die wir mit dem Stadtratsbeschluss in den 1990er Jahren verhindern wollten. Der Nachteil für Dresden gegenüber anderen Kommunen ist, dass wir unseren Abfall teuer vorbehandeln und trotzdem von der Gunst der Stromkonzerne abhängig sind. Die reguläre Laufzeit der BMA ist in Kürze abgelaufen, dann ist die Anlage abgeschrieben. Darum ist nun der Zeitpunkt gekommen wieder neu über die BMA nachzudenken. Die dargestellten Einflußfaktoren auf den Betrieb der Anlage wurden durch einen Brand Ende 2017, der zu einem wochenlangen Ausfall führte, zusätzlich verstärkt. Darum ist es jetzt an der Zeit die Grundfrage „Wie wollen wir in Zukunft mit unserem Abfall umgehen?“ neu zu stellen und zu

diskutieren. Variantenvergleiche wurden von der Umweltbürgermeisterin in Auftrag gegeben und liegen vor. Wir müssen entscheiden, ob wir unseren Abfall nur als Müll betrachten oder als Rohstoff. Für Müll reicht eine MVA aus. In dem Fall gibt es Verbrennungskapazitäten in der Region. Wenn wir aber nachhaltig, zeitgemäß und modern denken und den Abfall als das sehen, was er ist; ein Rohstoff, der wieder recycelt werden kann und muß, müssen wir wieder in die Richtung denken, die „Schwarze Pumpe“ schon vor über 30 Jahren erfolgreich beherrschte. Das wäre dann der linke, ökologische Ansatz, der endlich auch wieder mehr Verantwortung für unsere Erde, Natur und Umwelt zum Ausdruck bringen würde. Hierfür müssen Politik und städtische Konzerne umdenken. Ansätze sind da. Die Stadtverwaltung denkt über die Rekommunalisierung der Stadtreinigung nach und arbeitet bereits an den Voraussetzungen dafür. Die DRE-WAG ist bereit, über das Thema Abfall nachzudenken. Vor uns steht die gleiche Aufgabe wie 1998; Wir stellen mit unserer Entscheidung die Weichen für die städtische Abfallpolitik in den nächsten 30 Jahren. Und die Antwort kann auch diesmal wieder nur sein, daß unserer Abfall ein Wertstoff ist, der maximal nach Stand der Technik als Rohstoff genutzt werden muß, aber diesmal nachhaltig.

Kreativraumagentur nimmt ihre Arbeit auf

von Jacqueline Muth

Zwar gibt es trotz des anhaltenden Bau- und Sanierungsbooms ausreichend Leerstand in der Stadt. Dennoch gestaltet sich die Arbeitsraum-Suche für Freischaffende und Akteure der Kreativwirtschaft oft als schwierig - viele scheitern an spekulativem Leerstand, hohen Kosten für Brandschutzauflagen oder ganz allgemein an der Hürde, den Gebäudebesitzer aufzufindig zu machen. Die „Kreativraumagentur“ bekommt deswegen für drei Jahre städtische Förderung mit dem Ziel, Betroffene bei der Suche nach bezahlbaren Arbeitsräumen zu unterstützen.

Hinter diesem Unternehmen stehen zwei Namen: Torsten Rommel und Verena Andreas. Beide sind bereits seit Jahren in der Szene bekannt, 2012 erhielten sie den „Kultur- und Kreativpilot Deutschland“ - eine Auszeichnung und Startup-Förderung der BRD für ihr Engagement bei der Vermittlung von Räumen an Akteure der Kreativwirtschaft. Damals mussten sie ihre Vermittlungstätigkeit nach und nach zurückfahren. Spätestens nach dem

zweiten Kind war klar, dass die anhaltend hohe Nachfrage nicht mehr ehrenamtlich abgedeckt werden kann.

Die Erfahrung bei der Vermittlung von Räumen und Entwicklung von Betreibermodellen sowie langjährige Kontakte in die Immobilienbranche kann nun die Kreativraumagentur wieder fruchtbar einbringen, dank städtischer Förderung. Drei Jahre lang soll sie Dresdner Kreativen und Kulturinstitutionen bei der Raumsuche und Entwicklung tragfähiger Trägermodelle zur Seite stehen.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang: Dank Rot-Grün-Rot im Dresdner Stadtrat gibt es seit 2016 Kreativraumförderung - ein Arbeitsraum-Förderprogramm für Kreativwirtschaftler. Und auch der Topf für Atelier-Ausbau-Förderung für Künstler_innen aller Sparten ist nach vielen Jahren der Null-Runden jetzt wieder jährlich gedeckt und abrufbar.

Informationen zu beiden Förderprogrammen und zur Kreativraumbörse finden sich unter www.dresden.de.



Torsten Rommel und Verena Andreas

Foto: galerie module, Sandra Petzold

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Jacqueline Muth, Anja Apel, Pia Barkow, Max Kretzschmar, Andreas Naumann,
Fotos: pixabay

Die nächste Ausgabe erscheint am:
29. Januar 2018

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Der Jugendverein Roter Baum feiert 25. Geburtstag!

Große Jubiläums-Fatsche am 2. Februar im Club Puschkin mit Powerpolka von B6BBO, Electronic-Gameboy-TrashPop von 2Limited, Bigband-Sound vom Israel Goldstein Youth Village und so einigen Überraschungen!

von Alexander Bernstein

Nach einem Vierteljahrhundert kann mensch schonmal sagen: Wow! Denn dieser Baum hat (nicht nur) in Dresden Wurzeln geschlagen! Und er treibt immer noch kräftig aus, wenn es darum geht, sich für junge Menschen zu engagieren und dafür zu sorgen, dass sich junge Menschen verwirklichen können.

Ende Januar 1993 wurde der Jugendverein Roter Baum gegründet. Und in diesen 25 Jahren kamen gefühlt abertausende junge Menschen mit ihm mindestens in Berührung. Sei es in Ferienlagern, bei Jugendweihen, in der Streetwork oder im Jugendhaus, wo man sich schon immer früher geküsst hat, als in anderen Jugend-

clubs. Einzige Bedingung: Keine Nazis! Und nicht selten wurden diese junge Menschen selbst zu „Baumkindern“...

25 Lenze sind natürlich eine Menge Holz für einen Jugendverein, und deshalb feiert der Rote Baum am Freitag, den 2. Februar ab 20 Uhr im Club Puschkin ganz groß Geburtstag – eingeladen sind nicht nur Mitglieder und Mitarbeiter, sondern alle, die sich dem Verein verbunden fühlen. Mit dabei und auf der Bühne sind u.a. B6BBO (Powerpolka aus Berlin), 2Limited (ElektroPop aus Leipzig), die Bigband des Israel Goldstein Youth Village (Jerusalem) und einige Geburtstagsüberraschungen.



B6BBO aus Berlin

Clara-Zetkin-Frauenpreis 2018

DIE LINKE lobt anlässlich des Frauentages 2018 zum achten Mal den mit 1.500 Euro dotierten Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.

Dieser Preis ist nach Clara Zetkin benannt. Als Mitbegründerin der proletarischen Frauenbewegung initiierte sie auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen zusammen mit Käthe Duncker die Einführung eines internationalen Frauentages. Inspiriert von US-amerikanischen Feministinnen, einen Kampftag für das Frauenstimmrecht einzuführen, beschlossen die Frauen einen jährlichen Frauentag, der zunächst das Frauenwahlrecht einforderte. Bis zu diesem Beschluss hatte Clara Zetkin einen weiten Weg zurückgelegt. Noch 1889, auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen, erkannte sie „keine besondere Frauenfrage an“. Politische Rechte galten ohne ökonomische Freiheit als wertlos. Zetkin setzte sich beharrlich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen ein, dies auch gegen die eigenen Genossen, die gegen die Frauenarbeit kämpften. 1892 wurde sie als Herausgeberin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ aktiv. Am Vorabend des neuen Jahrhunderts vertrat sie inzwischen konsequent die Unteilbarkeit politischer und sozialer Rechte für Frauen.

Über 100 Jahre später bleiben entscheidende Forderungen der Frauenbewegungen uneingelöst. DIE LINKE, als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch, setzt sich für eine gerechte, solidarische, demokratische und friedliche Gesellschaft ein, die Frauen wie Männern ein selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung ermöglicht. Sie sucht dabei die Kooperation mit Fraueninitiativen, kritischen Sympathisantinnen und internationalen feministischen Netzwerken in Wissenschaft, Kultur und Politik, in Wirtschaft und Medien.



Zu allen Zeiten ist der Internationale Frauentag auch ein Kampftag für den Frieden gewesen! Clara Zetkin war nicht nur eine Frauenrechtlerin. Sie war auch eine starke Kämpferin für den Frieden. Sie setzte sich kompromisslos und unmissverständlich gegen Militarismus und Krieg und für die Sicherung des Friedens ein.

Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis jährlich ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist.

Die Verleihung eines Frauenpreises soll die Beachtung für das eigensinnige und uneigennützig Engagement von Frauen in der Öffentlichkeit erhöhen und ermutigen, die eigenen Fähigkeiten und Kräfte für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Ob als Nobelpreis-trägerinnen oder Krankenschwestern, als Musikerinnen oder in prekären Jobs, ob in der Pflege, im Ehrenamt, im sozialen Umfeld - Frauen leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Anerkennung und öffentliche Debatte dafür bleiben noch zu oft auf der Strecke. Der Clara-Zetkin-

Preis wird auf diese Lücke verweisen und Anregung sein, mehr Erfolge in den Frauenkämpfen durchzusetzen.

Gleichzeitig geht es mit dem Clara-Zetkin-Preis auch darum, den Internationalen Frauentag, der immer mehr als politischer Tag in Vergessenheit gerät, ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

Wer kann sich bewerben?

Mit dem Preis wird ein aktuelles Projekt oder eine Initiative einer Frau ausgezeichnet. Es können sich Fraueninitiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken:

- Engagement / Arbeit für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst;
- Frauen, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen.

Bewerbungen können bis zum 11. Februar 2018 online eingereicht werden unter: www.die-linke.de

Internationaler Frauentag
in Dresden

von Anja Eichhorn

Jeder Tag sollte ein Frauentag sein – so lautet eine Forderung der LINKEN. Denn Frauenrechte und Gleichstellung sind wichtige Themen, die uns in unserer täglichen politischen Arbeit beschäftigen. Gerade angesichts der massiven Angriffe seitens rechter – und rechtskonservativer Bewegungen und dem Versuch Frauen* - und Freiheitsrechte abzuschaffen, wollen wir als LINKE, sichtbar und öffentlichkeitswirksam, auch am 8. März für Gleichberechtigung streiten.

Am Vormittag wollen wir die fast schon traditionelle, Verteilaktion „1/2 Lohntüte“ ins Leben rufen. Geplant ist die Aktion von ca. 11-13Uhr am Trachenberger Platz in Dresden. Es wird gerade geprüft, wo in Dresden wir zudem aktiv werden können. Wir informieren euch natürlich rechtzeitig! Eingeladen sind alle Genoss*innen zum mit- und selber machen.

Dieses Jahr feiert das Frauenwahlrecht in Deutschland sein 100. Jubiläum, für uns ein Grund dieses in den Mittelpunkt des Tages zu stellen. Ab 15Uhr möchten wir deswegen zu einem Frauentags-Empfang in Haus der Begegnung einladen und über die Bedeutung des Frauenwahlrechts ins Gespräch kommen. Ein kleines Quiz soll in lockerer Art und Atmosphäre, diese und aktuelle Fragen beleuchten. Außerdem wird es wieder Zeit für geselliges Beisammensein bei Kaffee, Kuchen und musikalischer Umrahmung geben. Wir wollen auch die Gelegenheit nutzen und uns bei allen Genossinnen und Streiter*innen für Frauenrechte und Gleichberechtigung bedanken.

8. März | Trachenberger Platz
Straßenaktion „1/2 Lohntüte“ -
Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!
Ab 15 Uhr Empfang zum Internationalen Frauentag im Haus der Begegnung

Programmhinweis

Mittwoch, 31. Januar 2018

18.00 Uhr

Demokratisierung von Erinnerung Fehlstellen deutscher Geschichtsschreibung

Mit Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung) und Peter Porsch (Vorsitzender der RLS Sachsen), WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Deutschlands höchster politischer Bildner erregt Aufmerksamkeit mit der Forderung nach einer „Demokratisierung von Erinnerung“ als Forschungsziel von Geschichtsschreibung. So bleibe die Bewertung der DDR als „pathologisches, diktatorisches System“ zwar legitim, aber eindimensional, wenn die asymmetrischen Verflechtungen mit dem anderen deutschen Staat unbeachtet bleiben. Analoges treffe für die alte Bundesrepublik zu. Nötig sei die kritische Erarbeitung einer „integrierten Nachkriegsgeschichte“ sowie einer Pluralisierung von Geschichtsbildern - sowohl für eine zeitgemäße Schulbildung als auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft.

Mittwoch, 7. Februar 2018

19.00 Uhr

Der NSU-Komplex und das Unterstützungsnetzwerk in Sachsen

Mit Hannah Zimmermann (Soziologin, Kulturbüro Sachsen)
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Nach 4 Jahren NSU-Prozess rückt die Urteilsverkündung gegen die 5 Angeklagten näher. Die Generalbundesanwaltschaft vertrat die These, dass das „NSU-Trio“ allein gehandelt haben. Diese These zog sich durch den gesamten Prozessverlauf und so wurden viele Unterstützer*innen und Helfer*innen der mordenden Terrorist*innen nicht angeklagt oder gar verurteilt. Dank zahlreicher antifaschistischer Recherchen, den Arbeiten der Untersuchungsausschüsse und den zahlreichen Beweisanträgen der Nebenklage in München wurde sichtbar, dass die Trio-These unhaltbar ist.

Mehr Informationen auf sachsen.rosalux.de // info@rosalux-sachsen.de



Zeitschrift LuXemburg

Anlässlich seines 200. Geburtstags dreht sich die kommende Ausgabe der LuXemburg um Karl Marx: Als Politiker wird er in der Linken wenig diskutiert, dabei lässt sich für aktuelle Strategiefragen vieles lernen. Wie könnte Gewerkschaftspolitik aussehen, die sich bei „Marx-Consulting“ (Hans-Jürgen Urban) bedient? Wie kann an Marx anschließendes Denken einen klassenpolitischen Feminismus bereichern? Warum und wie eigentlich heute Marxist*in werden und noch wichtiger: bleiben?

LuXemburg ist online abonnierbar:
www.zeitschrift-luxemburg.de

CubaSi informiert

von Ursula Zierz

Das Netzwerk Cuba und die AG Cuba Si übermitteln auf diesem Weg an alle SpenderInnen nach Hurrican „Irma“ ein großes Dankeschön für die Gesamtsumme von insgesamt 189.211,04 Euro im Zeitraum 12.9. bis 29.12.2017. Inbegriffen sind ebenfalls alle Hurrikan-Spendengelder der Dresdner SpenderInnen in Höhe von 1.680 Euro, die zur Beseitigung der Schäden in den Landwirtschaftsprojekten eingesetzt wurden. Den Familien und Einzelspendern Wagner, Beck, Grohmann, Stöckigt, Moke, Hirsch danken wir für die zuletzt eingegangenen Spenden. Vom kubanischen Außenhandelsministerium erging ein herzlicher solidarischer Dank an alle SpenderInnen der BRD für ihre internationale Hilfe!

2017 wurden durch 3 Sachspendensammlungen 98 Kisten Sachspenden mit Schreib- u. Spielwaren, Bettwäsche, Waschmittel, Arbeits- u. Handwerksgerät, 32 Fahrräder, 2 Nähmaschinen, 2 Server, 10 Rollatoren, 10 Rollstühle u. a. nützliches Gerät auf Transport geschickt. Der erste Hurrikan-Container kam Mitte Dezember in Mayabeque von Cuba-SI an, was auf dem Bild zu sehen ist.

Dieses Ergebnis konnte durch die unermüdete Werbung und Arbeit der AG-Mitglieder und Euch, den SpenderInnen aus Dresden und Radebeul möglich werden. Machen wir auch gemeinsam im Jahr 2018 erfolgreich weiter und werben wir für das kubanische Projekt der



sozialen Gerechtigkeit und Solidarität, des Friedens und für eine andere Welt gegenüber abseits stehender Menschen!

2018 wird zum Superwahljahr für Lateinamerika und die Karibik. Abstimmungen erfolgen in Brasilien, Venezuela, Mexiko, Kolumbien, Paraguay, Costa Rica sowie Kuba. Hoffen wir, dass der Vormarsch der Rechten gestoppt werden kann!

Als neues Soli-Projekt werden wir 2018 neben den Sachspenden den Versand einsatzbereiter Rollstühle in den Mittelpunkt stellen, wofür zur Begleichung der Reparaturkosten Spenden benötigt werden, um die wir Euch auch dieses Mal ganz herzlich bitten. Die Sachspendengegenstände sind die gleichen geblieben und sollten auch weiterhin hochwertig sein!

Noch als Info an Alle, die es nicht wissen! Für jede Spende erhält unsere Partei laut Parteiengesetz einen 50% igen staatlichen Zuschuss. Für hochwertige Sachspenden können Sachspendenbescheinigungen ausgestellt werden! Bitte zeigt uns über das Büro des HdB die Aufgabe von Handwerksbetrieben an, damit wir uns mit ihnen zwecks Verwendung von Inventar in Verbindung setzen können. Die nächste Sammlung erfolgt am 01. März 2018 ab 10- 14 Uhr im HdB statt.

Saludos solidarios!

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Ursula Zierz, Max Kretzschmar, Katja Kipping, Alexander Bernstein, Dr. Cornelia Ernst, Dr. Margot Gaitzsch, Anne Holowenko, Reinhard Balzk
Fotos: DIE LINKE, pixelio.de, pixabay, ax Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH Cottbus

Foto: Creative Commons CCO



Das Europaparlament in Straßburg

Europa-Jahr 2017 im Rückblick

von Dr. Cornelia Ernst

Insgesamt gesehen war 2017 eher tragisch. Ein narzistisches „Kind“ zieht ins Weiße Haus, ein dicker Junge wirft in Nordkorea mit Raketen herum, in Ankara ruft sich ein Despot zum Großmogul aus, in Polen wird trotz EUGH-Urteil der letzte Urwald Europas abgeholzt und in Ungarn die Medienfreiheit weiter beschnitten. In Tschechien kommt ein steuerhinterziehender Milliardär an die Macht und in Wien ein rechtes Bübchen, das fast halb Österreich abschleichen will. Le Pen wird zum Preis von Macron verhindert und die AfD gewinnt in Sachsen die Wahlen. Die Briten quälen sich durch den Brexit, zur Freude der Chinesen und der Russen, die wie immer Schuld an allem sind. Mittendrin irrlüchert eine geschwächte europäische Sozialdemokratie herum - und Europas Linke ist weiter ohne Plan.

Der größte Erfolg besteht 2017 aus meiner Sicht darin, dass sich der Iran weiterhin stoisch an den Nuklear-Deal hält. Damit sorgt man dafür, dass der Nahe Osten nicht zum Atomwaffenbunker Nr. 1 in der Welt wird. Als

wir Ende November 2017 als zweite offizielle Parlamentsdelegation überhaupt in den Iran fliegen konnten, war es Irans Außenminister Zarif, der uns vorschlug, das Anti-Atom-Abkommen fortzuführen, auch wenn die USA aussteigen. „Ihr seid doch die Erwachsenen“, fügte er mit persischem Lächeln hinzu und meinte: werdet doch endlich als Europa eigenständig. Dass die innenpolitische Lage im Iran zum Jahreswechsel so eskalieren wird, war Ende November 2017 nicht abzusehen.

Tja, und was war noch gut 2017? Immer wenn es unserer Linksfraktion im Europaparlament gelang, die sorgfältig definierten Parteiunterschiede zu vergessen, hatten wir Einfluss auf wesentliche Parlamentsentscheidungen. Wie zum Beispiel bei der Dublin-Reform. Indem sich Sozialisten, Sozialdemokraten, Linke und Grüne zusammaten, konnten wir sowohl den Vorschlag der Kommission zur Reform des Asylsystems als auch die Vorschläge der federführenden Fraktion für die Dublin-Verordnung kippen. Was jetzt als Beschluss des Parlamentes

vorliegt und in die Verhandlung mit dem Rat geht, ist ein weithin progressiver Beschluss, der viele linke Anstriche aufweist. Dazu gehört u.a. ein Rechtsanspruch auf Familienzusammenführung, eine Frage, um die in Deutschland immer noch gestritten wird.

Dass es sich lohnt um Kompromisse zu ringen, zeigt sich auch immer wieder im Detail. So bin ich selbst federführend zuständig für eines der insgesamt vier europäischen Datenschutzgesetze, für das neue Datenschutzpaket, das in den europäischen Institutionen, Agenturen und anderen Einrichtungen umgesetzt wird. In langen Verhandlungen Debatten haben wir eine Einigung herbeigeführt, dass auch die europäische Polizeiagentur EUROPOL (das natürliche Feindbild aller Linken) dieser Verordnung unterworfen wird. Das hat zum Aufschrei bei Europol und im Rat geführt, in dem die Mitgliedsstaaten mit ihren Innenministern herrschen. Deren Blockadehaltung führte allerdings dazu, dass sogar die Europäische Kommission sich auf die Seite des Par-

lamentes geschlagen hat und wir dadurch momentan in den Verhandlungen einen strategischen Vorteil haben.

Was wünsche ich mir für 2018? Mein erster Wunsch ist, dass wir nicht, weil irgendein Despot diesseits oder jenseits des Großen Teiches wegen schlechter Laune am frühen Morgen auf seinen großen roten Knopf drückt, im nächsten Kriegsdesaster landen. Mehr Frieden auf der Welt, das wäre wirklich mal ein Fortschritt. Dazu wünsche ich mir, dass die USA im Nahen und mittleren Osten einfach mal gar nichts tun.

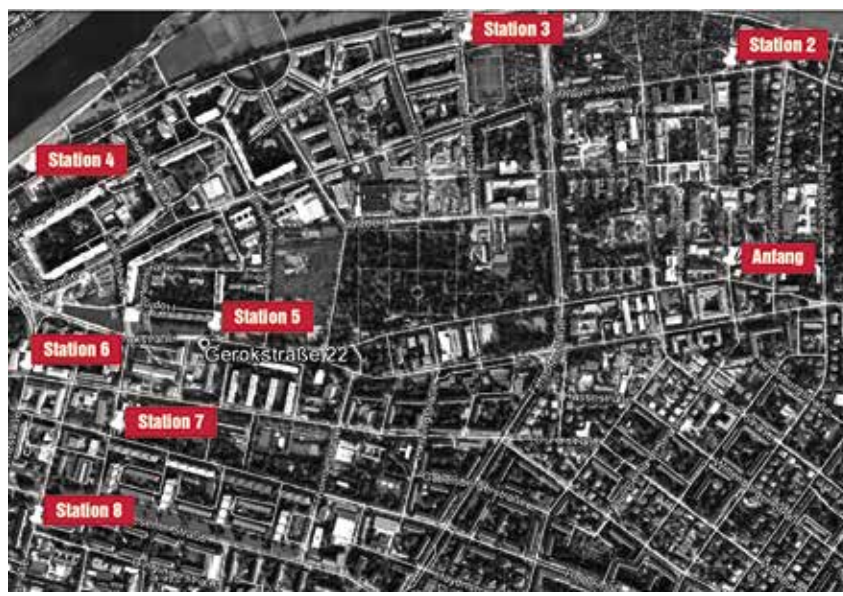
Natürlich ich habe auch Wünsche an meine eigene Partei. Wir Linken dürfen die europäische Ebene in unserer Politik nicht als außerirdische Ebene betrachten. Wir sollten verstehen, dass wir diesem Kontinent nur zu einer guten Zukunft verhelfen können, wenn wir Europa nicht alten Männern wie Juncker oder dem Duo Merkel/Macron überlassen. Wir müssen mit all unserer Kraft um ein soziales und solidarisches Europa kämpfen und dafür eine Vision entwickeln.

Täterspuren suchen

Der diesjährige Mahngang am 10. Februar steht unter dem Titel „Macht – Bildung – Propaganda im faschistischen Dresden“

von Dr. Margot Gaitzsch

Selbstständiges Denken und Selbstbestimmtes Handeln stehen im Widerspruch zu den Interessen der Macht und deren Erhaltung. Aus diesem Widerspruch erwächst die Aufgabe, Macht zu kontrollieren und ihr Grenzen zu setzen. Die Kontrolle der Macht ist in der Demokratie durch die Bürger gegeben, die sich in Wahlen politisch positionieren und ihre Vertreter für die Legislative wählen können. Neben Wahlen haben Bürger die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu organisieren und so an der Willensbildung mitzuwirken. Diese beiden demokratischen Möglichkeiten erfordern politische Bildung ebenso wie ethische Werte. Wie die Macht der Nazis mittels Propaganda die Bildung missbrauchte und ethische Werte zerstört wurden, zeigt dieser Mahngang.



Am Samstag, dem 10. Februar 2018 beginnt der Mahngang um 14 Uhr an der Fiedlerstraße/ Ecke Mildred-Scheel-Straße an der Uniklinik

Beginnen wird der Mahngang an der NS-Schwesternschule an der heutigen Uniklinik (Fiedlerstraße, Ecke Mildred-Scheel-Straße). Station 2 in der Pfotenhauerstraße 92, die heute ebenfalls zum Gelände der MedAk gehört, ist die ehemalige Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege. Von dort wird es Richtung Elbe in die Neubertstraße, Ecke Blauenstraße gehen: Hier ist der alte Sportplatz, wo der Sportpolitik als Mittel der rassistischen Überlegenheit gedacht wird. Am Käthe Kollwitz Ufer 4, der Station 4 des Mahngangs, befand sich die Jägerkaserne. Station 5 ist die ehemalige Horst Wessel Schule: Heute befindet sich dort die Berufsschule in der Gerokstraße 22. Die ehemalige Akademie für Kunstgewerbe ist Station 6 in der Güntzstraße 34. Weiter geht es nach Johannstadt Süd in die Silbermannstraße 5, wo sich die Dürer-Schule befand. Endpunkt des Mahngangswird gegen 17:25 Uhr die ehemalige staatliche Höhere Mädchenbildungsanstalt in der Marschnerstraße 8-10 sein.